

Die SPD und die „Deutsche Friedenspolitik 1981“

„Koschnick und Mitautoren für die Realisten, — von Dohnanyi für die Utopisten“, so läßt sich das neueste Papier der SPD zur Sicherheitspolitik*) unschwer charakterisieren. Dieses Verhaltensmuster des Sowohl-Als-auch der größeren Bonner Regierungspartei hat inzwischen Tradition. Brandt fährt auf eigene politische Rechnung nach Moskau — Ehmke wird zur gleichen Zeit als Feuerwehr nach Washington geschickt; der Bundeskanzler vertritt konsequent den Doppelbeschluß der NATO — Herr Eppler hält ihn für den entscheidenden Fehler deutscher Außen- und Sicherheitspolitik; Helmut Schmidt versucht, die Reste deutsch-amerikanischer Partnerschaft zu retten — Willy Brandt und die Jusos steuern immer unverhüllter einen antiamerikanischen Kurs, dessen Ziel ganz offensichtlich ein sozialistisches Deutschland zwischen den Blöcken ist.

Die soeben erschienenen „Argumente, Grundpositionen und Stellungnahmen zur deutschen Friedenspolitik 1981“ der SPD fügen sich maßgerecht in dieses Schema ein. Für die konkrete Politik werden sie damit wertlos. In seinem Vorwort verspricht Brandt zwar eine Orientierungshilfe, wer jedoch das Papier zu Ende liest, ist eher desorientiert: vorne das Bekenntnis zur atlantischen Partnerschaft:

„Die USA dagegen besitzen die Fähigkeit der nuklearen Abschreckung. Arbeitsteilung und Risikogemeinschaft erhält die Verkoppelung der Bündnispartner.“

Hinten der Tritt gegen das amerikanische Schienbein und die neueste Lesart einer durch nichts zu rechtfertigenden Gleichsetzung der Vereinigten Staaten mit der Sowjetunion:

„Wo immer es politische Veränderungen in der Welt gegeben hat, haben vielmehr beide Großmächte den Versuch gemacht, dies jeweils zu ihrem Vorteil zu nutzen. Richtig ist, daß die Sowjetunion soziale Revolutionen und Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt immer begünstigt und oft auch unterstützt hat. Und diese

*) Die Friedenspartei SPD. Argumente, Grundpositionen und Stellungnahmen zur deutschen Friedenspolitik 1981, Bonn 1981. Die Autoren sind: Hans Koschnick, Wolf Graf von Baudissin, Klaus von Schubert, Klaus von Dohnanyi.

wählten oft — welcher andere Weg stand z.B. in Rhodesien oder Nicaragua offen? — den Weg der Gewalt. Aber darf man die Sowjetunion wegen der Beteiligung an solchen Machtwechseln kritisieren, wenn man zum Beispiel die Verwicklung der USA in den Sturz Allendes kritiklos übergeht?“

Schließlich — und unter Anrufung der Geschichte — der Rundumschlag gegen die Opposition:

„Aber die geschichtliche Erfahrung zeigt, daß eine Überbetonung der Verteidigungsaspekte und die Vernachlässigung einer im Einklang mit den geschichtlichen Entwicklungen stehenden politischen Strategie des Ausgleichs und der Verständigung die Risiken erhöht. Hier, in dieser Abwägung, liegen die unüberbrückbaren Gegensätze zur CDU/CSU und ihrer rechtsgerichteten deutschen Tradition.“

Wer die historische Dimension bemüht, um seine Analyse sodann erst 1969 zu beginnen, hätte lieber geschwiegen. Von einer Politik des Ausgleichs und der Verständigung zu sprechen, und Konrad Adenauer dabei zu übergehen, setzt Dummheit und Unwissen beim Leser voraus. Wo der SPD die Fakten nicht gefallen, greift sie zum Mittel der Unterstellung. Dabei hat die CDU von 1949 an unter Beweis gestellt, daß es ihr ernst ist mit einer Politik, die im geltenden Grundsatzprogramm wie folgt beschrieben wird:

„Wir treten für eine Politik ein, die Spannungen vermindert und auf Beseitigung ihrer Ursachen hinwirkt. Wir sind für Gewaltverzicht und streben Abrüstungsvereinbarungen an, die ein ausgewogenes und kontrolliertes militärisches Gleichgewicht auf allen Ebenen schaffen. . .

Wir wollen mit unseren östlichen Nachbarn in Frieden leben. Daher sind wir zu fairer Zusammenarbeit mit allen Regierungen des Ostblocks bereit. Wir wollen wirksamen und dauerhaften Abbau bestehender Spannungen und unbehinderte freundschaftliche Beziehungen mit den Völkern Mittel-, Ost- und Südosteuropas.

Besondere Bedeutung messen wir der Begegnung der Menschen, vor allem der Jugend, zu. Wechselseitiges, vorurteilsfreies Verständnis für das geschichtlich Gewordene und für die Probleme und Leistungen der Gegenwart trägt dazu bei, das Mißtrauen abzubauen und das Bewußtsein für gemeinsame europäische Interessen, Aufgaben und Werte wachsen zu lassen.“

„Wer die Realität verändern will, darf ihr nicht davonlaufen“, lesen wir auf Seite 5 des SPD-Papiers. Die Realität ist der SPD längst davongelaufen, die Partei stolpert jetzt hinterher. Einholen wird sie sie in diesem Jahrzehnt nicht mehr.

Es sind vor allem drei Komplexe:

- die Bewertung des amerikanischen Bündnispartners,
- die Rolle von Entspannungspolitik,
- die Rüstungskontrolle,

die zur entscheidenden Kritik des vorliegenden Positionspapiers herausfordern.

Friede um den Preis der Freiheit?

Der fundamentale Unterschied zwischen der CDU und der „Friedenspartei SPD“ liegt jedoch dort, wo die SPD — wieder einmal — eine eindimensionale politische Werteordnung voraussetzt, den Frieden als den höchsten Wert an sich voraussetzt und über den unverzichtbaren Inhalt des Friedensbegriffes nichts aussagt. Von Freiheit ist — wieder einmal — keine Rede. Hier liegt der Bruch in der Kontinuität deutscher Außenpolitik, die seit Konrad Adenauer stets die Einheit von Frieden und Freiheit betonte.

Der Friede diene der Freiheit; er war ihr höchster Zweck. Wäre die Reihenfolge der politischen Grundwerte umgekehrt gewesen, hätte dies logischerweise bedeutet, daß auf eine gegnerische Aggression mit Kapitulation reagiert hätte werden müssen; damit wäre die Bündnispolitik Adenauers sinnlos gewesen.

Adenauer hat diese Problematik klar gesehen. Friede war für ihn zwar ein wichtiger Wert, jedoch nur als Friede in Freiheit, als qualifizierter Friede. Adenauer hat damit nicht eine willkürliche, aus der besonderen Situation seiner Zeit zu erklärende Prioritätenskala der politischen Grundwerte Freiheit und Friede geschaffen und bündnispolitisch instrumentiert, er hat die für eine freiheitliche Demokratie, der eine militärische Supermacht mit weltweitem Missionsanspruch gegenübersteht, einzig mögliche politische Grundorientierung vorgenommen. Jede andere politische Werteskala hätte Verzicht auf den Wesensgehalt einer freiheitlichen Demokratie bedeutet — und würde es immer bedeuten.

Mit dem Regierungsantritt der sozial-liberalen Koalition hat sich diese Grundorientierung deutscher Außenpolitik langsam aber sicher verändert. Im Zuge einer Ost- und Deutschlandpolitik, die als „Friedenspolitik“ mit durchaus demagogischer Absicht — wer dagegen war, wollte offensichtlich Kriegspolitik treiben — vermarktet wurde, wurde der Friede gar bald zum höchstrangigen politischen Grundwert erhoben. Die einschlägigen Zitate verantwortlicher SPD-Politiker hierzu sind inzwischen Legion.

Mit diesem Wandel im Prioritätenkatalog politischer Grundwerte wurde die deutsche Außenpolitik von Grund auf verändert. Denn wer Frieden zum höchsten Grundwert erhob, konnte per definitionem nicht Frieden in Freiheit meinen — sonst wäre die Freiheit höherwertig —, sondern mußte Frieden um jeden Preis meinen. Aus einer Politik des qualifizierten Friedens war damit innerhalb weniger Jahre eine Politik des bedingungslosen Friedens geworden.

Frieden um jeden Preis aber kann man sich nicht durch militärische Mittel erhalten, sondern in letzter Konsequenz und mit absoluter Sicherheit nur dadurch, daß man sich durch Selbstentwaffnung die Möglichkeit nimmt, unfriedlich zu handeln. In klarer Erkenntnis dieses Zusammenhanges hat Clausewitz schon vor langer Zeit den Satz geprägt, schuld am Kriege sei nur der Verteidiger. Der Angreifer ziehe es immer vor, seine Eroberung friedlich zu machen. Für die

praktische Nutzenanwendung folgt hieraus zwingend, daß eine Politik, die den Frieden als höchsten Grundwert bezeichnet, Streitkräfte entweder für völlig entbehrlich halten muß oder aber von vornherein im Ernstfall auf die Kapitulation festgelegt ist.

Die Brisanz dieser Zusammenhänge ist offenkundig. Die sozial-liberale Koalition hat mit der Modifizierung des Prioritätenkatalogs politischer Grundwerte nicht nur die Politik Adenauers fundamental geändert, sondern verfolgt auch ein Konzept, das mit einer wehrhaften Demokratie und der aktiven Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der Atlantischen Allianz prinzipiell — und auf Dauer auch praktisch — unvereinbar ist. Hier, in dieser grundwertebezogenen Analyse möglicher Politiken für Deutschland, wird die außenpolitische Alternative der gegenwärtigen Opposition deutlich sichtbar.

Die geteilte Sicherheit

Geradezu fatal sind die Äußerungen von Dohnanyis über die Stellung der USA im westlichen Bündnis dort, wo unterschiedliche Sicherheitsinteressen innerhalb der Allianz postuliert werden, so als sei die Sicherheit des Westens teilbar:

„Angesichts der unterschiedlichen Sicherheitslage Westeuropas und der Vereinigten Staaten ist es besonders wichtig, daß die übereinstimmenden europäischen Sicherheitsinteressen im Bündnis mit einer Stimme vertreten werden, weil nur so das deutsche und das europäische Interesse wirksam eingebracht werden können.“

„Aus der Sicht der Weltmacht USA kann gelegentlich ein anderes Interesse für solche Verknüpfungen (Linkages) sprechen. Hier müssen dann im Bündnis die Gesamtinteressen und nicht etwa Einzelinteressen überwiegen.“

Die NATO war und ist das Verteidigungsbündnis, das die Staaten Westeuropas und Nordamerikas in dem Bemühen eint, der Bedrohung durch die expansive Sowjetunion gemeinsam zu widerstehen. Diese Bedrohung ist heute weltweit und sie trifft die Vereinigten Staaten wie Europa gleichermaßen. Hieraus resultiert die Forderung nach einer Politik, die Konfliktverhütung, Eindämmung und das Angebot zur Zusammenarbeit zu einer umfassenden Gesamtstrategie verbindet. Eine solche erfolgversprechende Strategie der Zukunft muß die finanziellen, wirtschaftlichen, technologischen und politischen sowie auch militärischen Kräfte des Westens zu einem wirksamen Instrumentarium zusammenfassen und dann solidarisch und im Bündnis abgestimmt einsetzen.

Diese Politik muß folgende Elemente umfassen:

1. Die Wiederherstellung des militärischen Gleichgewichts.
2. Die Eindämmung des sowjetischen Expansionsstrebens. Der Westen darf einer weiteren Verschlechterung seiner weltpolitischen und geostrategischen Position nicht tatenlos zusehen. Er muß seine vitalen Interessengebiete deutlich bezeichnen und schützen.

3. Bemühungen um gleichwertige und kontrollierte Rüstungsbegrenzung und Abrüstung.
4. Entschlossene Hilfe zur Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Staaten der Dritten Welt und ein Angebot zur aufrichtigen Partnerschaft mit ihnen.
5. Bereitschaft zu wirtschaftlichem, technischem und kulturellem Austausch dort, wo er politisch nicht mißbraucht wird.

Entscheidend ist, daß diese Elemente verbunden und voneinander abhängig gemacht werden müssen (Linkage). Jede Leistung des Westens muß an eine politische oder wirtschaftliche Gegenleistung des Ostens gebunden werden.

Dieses Prinzip der strikten Gegenseitigkeit ist das genaue Gegenteil der Vorleistungspolitik der Vergangenheit, die auf Wohlverhalten nur hoffte und betreten schwieg, wenn es ausblieb oder später rückgängig gemacht wurde. Das Bindungsprinzip kann allerdings nur funktionieren, wenn Leistungen des Westens an den Osten so konstruiert und proportioniert werden — politisch, vertraglich und genehmigungstechnisch —, daß sie gegebenenfalls auch unterbrochen oder eingestellt werden können.

Das gilt auch für die Kreditpolitik des Westens, die ohnedies in den letzten Jahren das tragbare Volumen überschritten hat. Diese neue Politik setzt weiter voraus, daß keine wirtschaftlichen Abhängigkeiten geschaffen werden. Insofern sieht die CDU mit äußerster Skepsis auf das geplante Erdgasgeschäft. Der Sowjetunion muß deutlich gemacht werden, daß sie nicht beides gleichzeitig haben kann: Hilfe des Westens und gewaltsame Machtausbreitung auf Kosten des Westens.

In jedem Fall ist für die westliche Welt nach wie vor das Verhältnis der Europäer und besonders der Deutschen zu den Vereinigten Staaten ausschlaggebend. Dieses Verhältnis ist und bleibt für den Rest dieses Jahrtausends unser Schicksal. Dabei geht es nicht um blinde Vasallentreue oder bedingungslose Gefolgschaft. Wir sind freie Partner in einer freien Allianz. Wir träumen auch nicht von einer absoluten Harmonie. Eines allerdings ist unabdingbar: ein Grundkonsens in den vitalen Fragen der Freiheits- und Friedenssicherung. Diesem Konsens drohen schwere Belastungsproben.

Vor allem muß endlich gehandelt werden gegen einen unverantwortlichen Anti-amerikanismus, der in der Partei des Bundeskanzlers um sich greift. In Washington sind keine Scharfmacher am Werk, die einen neuen Kreuzzug gegen den Kommunismus eröffnen wollen, oder die Konfrontation suchen und ein wildes Wettrüsten entfesseln wollen. Dort sind verantwortlich denkende und durchaus gemäßigte und erfahrene Leute an der Regierung, die allerdings die Wiederherstellung des militärischen Gleichgewichts rings um den Globus ernst nehmen und dem amerikanischen Machtverfall ein Ende setzen wollen. Das kann für Europa nur von Vorteil sein.

Nicht die Amerikaner sind es, die eine „Politik der Stärke“ propagieren. Die Sowjets sind es, die seit einem Jahrzehnt eine Politik der Stärke betreiben, ohne daß sich die Linken in Deutschland dagegen groß aufregen.

Die SPD und der Vorrang der Entspannungspolitik

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, in dem SPD-Papier den eindeutigen Primat der Entspannung vor der Verteidigung bestätigt zu sehen:

„Die Veränderung der strategischen Lage durch die Erreichung eines de facto interkontinentalen nuklearen Gleichgewichts gibt den politischen Elementen der Friedenssicherung in Europa eine noch größere Bedeutung als zuvor. Gerade die zunehmenden militärischen Risiken fordern ein verstärktes Gewicht für die nichtmilitärische, politisch orientierte Entspannungspolitik.“

Wiederholt wird an dieser Stelle, was als SPD-These ohnehin bekannt ist:

„Im übrigen muß Entspannung teilbar sein, müssen Spannungen teilbar gemacht werden.“

Dabei hat sich inzwischen gezeigt, daß das ost- und entspannungspolitische Konzept der Bundesregierung kein taugliches Rezept für eine sichere Welt in den achtziger Jahren ist. Dazu ist es zu eng, zu einseitig und illusionär. Wer wie die Bundesregierung gegen die harte Politik der Abgrenzung durch die UdSSR und DDR nur den guten Willen zur Zusammenarbeit zu setzen hat, wird eben nicht Entspannung, sondern Spannung provozieren. Und wer erklärt, zu dieser Entspannungspolitik gebe es keine Alternative, der liefert sich von vornherein demjenigen aus, der die Spannung zum Werkzeug seiner Politik macht.

Der militärische Machtausbau der Sowjetunion geht ungebremst und ungeachtet ihrer zunehmenden inneren Schwierigkeiten weiter.

Während des Jahrzehnts der sogenannten Entspannung hat die UdSSR stärker aufgerüstet als je eine Weltmacht zuvor in der Geschichte der Menschheit. Sie hat ihre militärische Macht in den letzten 15 Jahren schlichtweg verdoppelt. Der Westen dagegen hat seine Verteidigungsanstrengungen während dieser Zeit im Vertrauen auf die Entspannung einseitig verringert. Das ist die Wirklichkeit.

Wer hier von Wettrüsten redet, täuscht sich und die Bürger über den wirklichen Sachverhalt hinweg: den eines stetigen Machtzuwachses der UdSSR zu Lasten des Westens. Die UdSSR gibt sich ganz offenkundig nicht mit der ihr von den USA konzedierte Parität zufrieden, sondern strebt nach Überlegenheit im strategischen konventionellen, taktisch-nuklearen, und vor allem auch maritimen Bereich. Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache.

In dieser Lage braucht die UdSSR keinen Krieg zu führen, um Europa unter ihre Botmäßigkeit zu bringen. Nicht der Krieg ist die Bedrohung, die wir in erster Linie zu fürchten haben, es ist die Einschüchterung, das lähmende Übergewicht.

Wenn in Westeuropa die Verteidigung aussichtslos wird, dann braucht nicht mehr geschossen zu werden, um die Westeuropäer zur Anpassung an die sowjetische Politik zu zwingen. Von diesem Punkt sind wir nicht mehr weit entfernt.

Vieles von dem, was wir heute schon an Beschwichtigungstendenzen und Furcht in der deutschen und europäischen Politik erkennen, ist nichts anderes als der Reflex wachsender sowjetischer Macht.

Niemand denkt daran, die Entspannungspolitik in Bausch und Bogen zu verdammen. Es gab und gibt in ihr konstruktive Elemente, die wir weiterentwickeln müssen. Die Alternative zur Entspannung muß nicht Spannung heißen. Gewiß müssen die europäischen Völker wieder lernen, zeitweilig auch Spannung auszuhalten. Der ausgreifende sowjetische Imperialismus wird sie davor nicht bewahren. Dennoch wird vieles, was unter großen Hoffnungen als Entspannungspolitik auf den Weg gebracht wurde, auch künftig getan werden müssen — nur nüchterner, kühler kalkuliert und damit realistischer.

Die SPD und der Vorrang der Rüstungskontrolle

„Angesichts des hohen Rüstungsniveaus von Warschauer Pakt und NATO liegen die wichtigsten Beiträge zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und Europas nicht in zusätzlicher Rüstung (obwohl dies unvermeidlich sein kann), sondern in der Beseitigung der Spannungsursachen, in der regionalen Begrenzung von Konflikten und im Vorantreiben von Rüstungsbegrenzung und Abrüstung.“

Auch hier klaffen Wunsch und Wirklichkeit weit auseinander. Das Thema der Abrüstung darf nicht isoliert betrachtet werden, wie es naive Illusionisten und Pazifisten allzuoft tun, wobei sie in Wirklichkeit der Sache der Abrüstung und des Friedens schaden. Vielmehr muß folgende grundlegende Tatsache berücksichtigt werden: Spannung und Unfrieden bestehen nicht, weil es Soldaten und Waffen gibt, sondern weil rivalisierende Staaten und Systeme einander mißtrauen; weil ungelöste Probleme — etwa die Deutschland-Frage oder der Nahost-Konflikt — politischen Konfrontationsstoff schaffen; weil es immer noch Kräfte gibt, die bei der offensiven Durchsetzung ihrer expansiven Ziele die Androhung oder Anwendung von Gewalt als legitimes Mittel der Politik betrachten.

Auch der engagierteste Abrüstungsanhänger darf nie vergessen: Waffen und Soldaten, Abschreckung und Verteidigung sind nicht Ursachen, sondern Symptome des Unfriedens.

Das sogenannte Wettrüsten außerhalb dieses geschichtlich-politischen Zusammenhangs zu sehen und zu behandeln, ist eine der fatalsten Neigungen in der heutigen sicherheitspolitischen Diskussion. Ein solches, letzten Endes unpolitisches Abrüstungsdenken kann verhängnisvoll wirken.

So haben die Abrüstungspolitik der Labour-Party und die Kriegsverweigerungsbewegungen in England in den 30er Jahren Hitlers Machtstreben im Ergebnis begünstigt.

Die westlichen Staaten dürfen auch zukünftig nicht ausschließen, daß die Sowjetunion, die ihrerseits objektiven, insbesondere ökonomischen, Zwängen unterliegt,

sich bei einer festen Haltung des Westens zu einer Neueinschätzung ihrer Interessen bereit findet. Eine solche Haltung der Festigkeit und der politischen Entschlossenheit ist insbesondere bezüglich des militärischen Gleichgewichts im Bereich der atomaren Mittelstreckenraketen erforderlich.

Beide Teile des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979, der eine eurostrategische Nachrüstung des Bündnisses mit einem Angebot an den Osten zu Verhandlungen über eurostrategische Rüstungsbegrenzung verbindet, sind nach wie vor wesentlich.

Die Nachrüstung ist eine sicherheitspolitische Notwendigkeit, deren Verwirklichung in der Hand des Bündnisses liegt. Die Rüstungsbegrenzung ist eine außenpolitische Notwendigkeit, die nicht allein in der Hand des Bündnisses liegt, sondern jetzt vom ernsthaften Friedenswillen der Sowjetunion abhängt.

Der Nachrüstungsbeschluß praktiziert Rüstungsbegrenzung bereits dadurch, daß er die fällige strategische Modernisierung von vornherein qualitativ und quantitativ begrenzt, obwohl die Sowjetunion seit Jahren und immer noch Woche für Woche atomar gegen Westeuropa aufrüstet, ohne ihrerseits eine Obergrenze zu nennen. Deshalb würde eine Nichtdurchführung des Nachrüstungsbeschlusses die unkontrollierte sowjetische Aufrüstung geradezu prämiieren, die kontrollierte Abrüstung hingegen verhindern.

Auch der zweite Teil des Doppelbeschlusses ist weiterhin von substantieller friedenspolitischer Bedeutung, den Moskau abwerten möchte, um westlichen Rüstungskontrollvorschlägen aus dem Weg zu gehen und von der eigenen Hochrüstung abzulenken.

Weder hat der zweite Teil des Doppelbeschlusses, das Verhandlungsangebot an den Osten, die nachgeordnete Aufgabe, die fällige Modernisierung innenpolitisch schmackhaft zu machen, noch ist er den Erfordernissen der Sicherheit übergeordnet. Vielmehr dient er dem friedens- und sicherheitspolitischen Ziel einer ausgewogenen und überprüfbaren Begrenzung der beiderseitigen Militärpotentiale auf ein möglichst niedriges Niveau, das gleichzeitig den vitalen Sicherheitsinteressen beider Seiten Rechnung trägt.

Moratorien, wie Breschnew sie vorgeschlagen hat, helfen nicht weiter. Sie gaukeln den Menschen Fortschritte vor, während sie in Wirklichkeit nur die bestehende Übermacht festschreiben und legalisieren. Die Sowjetunion will einen politischen Sieg im Frieden. Der Westen will nicht mehr als einen Frieden ohne Sieg. Dieser Gegensatz ist die eigentliche Gefahr, die uns bedroht. Wir werden dieser Bedrohung nur dann erfolgreich widerstehen, wenn wir sie illusionslos zur Kenntnis nehmen und realistisch auf sie reagieren. Die SPD tut dies nicht.